

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>		XIX
<i>Literaturverzeichnis</i>		XXII

Teil I

Einleitung

§ 1 Ehe und Familie in der Entwicklung und gegenwärtigen Rechtsordnung	1	1
I. Ehe und Familie in der Entwicklung	1	1
II. Die verfassungsrechtliche Stellung von Ehe und Familie	2	3
1. Der Schutz von Ehe und Familie durch Art. 6 GG	2	3
2. Der Schutz des elterlichen Erziehungsrechts durch Art. 6 Abs. 2 und 3 GG	6	5
III. Rechtsquellen des Familienrechts	7	7

Teil II

Eherecht

1. Abschnitt

Eheschließung und fehlerhafte Ehe

§ 2 Die Eheschließung	11	9
I. Zum Begriff der Ehe im geltenden Recht	11	9
II. Die Eheschließungsvoraussetzungen	12	12
1. Die Eheschließungsfähigkeit	12	12
2. Die Geschlechtsverschiedenheit der Eheschließenden	16	16
3. Das Fehlen von Eheverboten	17	16
a) Das trennende Eheverbot wegen Doppelehe	18	16
b) Das trennende Eheverbot wegen Verwandtschaft	19	17
c) Das aufschiebende Eheverbot wegen Verwandtschaft auf Grund einer Annahme als Kind	20	17
4. Die Beibringung eines Eheschließungszeugnisses	21	17
III. Die Vornahme der Eheschließung	22	18
1. Die Erklärungen der Ehegatten	23	18
2. Die Mitwirkung des Standesbeamten	24	20

§ 3 Die fehlerhafte Ehe	25	22
I. Vorbemerkung	25	22
II. Die Nichtehe	26	22
1. Der Tatbestand einer Nichtehe	26	22
2. Die Heilung einer nicht vor einem Standesbeamten geschlossenen Ehe	27	23
III. Die aufhebbare Ehe	28	23
1. Die Tatbestände der Aufhebbarkeit der Ehe	28	23
2. Die Heilung aufhebbarer Ehen	29	25
3. Das Aufhebungsverfahren	30	26
§ 4 Die Folgen der Aufhebung der Ehe	31	27
I. Der Anspruch auf Unterhalt nach der Eheaufhebung	32	27
II. Die Ansprüche auf Zugewinn-, Versorgungsausgleich sowie auf Zuteilung von Hausrat und Ehwohnung	33	28
III. Das gesetzliche Erb- und Pflichtteilsrecht	34	28

2. Abschnitt

Die allgemeinen Ehwirkungen

§ 5 Der Name und die Staatsangehörigkeit der Ehegatten	35	28
I. Der Ehename	35	28
1. Die Bestimmung des Ehenamens	35	28
2. Der Begleitname	37	30
3. Der Name des verwitweten oder geschiedenen Ehegatten	38	31
II. Die Staatsangehörigkeit der Ehegatten	39	32
§ 6 Die Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft	40	32
I. Die Generalklausel des § 1353 Abs. 1 S. 2 BGB und ihre Bedeutung	40	32
II. Die einzelnen Pflichten aus der ehelichen Lebens- gemeinschaft und ihre gerichtliche Durchsetzung	42	34
1. Beispiele für Pflichten aus der ehelichen Lebensgemeinschaft	42	34
2. Die Eheherstellungsklage	43	34
III. Der Wegfall der Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft	45	35
IV. Die Haftung der Ehegatten untereinander	47	36

§ 7 Exkurs: Der Schutz gegen Ehestörungen	50	38
I. Die Klage auf Beseitigung oder Unterlassung von Ehestörungen	51	38
1. Gegen den anderen Ehegatten	51	38
2. Gegen Dritte	53	39
II. Ansprüche auf Schadensersatz wegen Ehestörungen	55	40
1. Gegen den anderen Ehegatten	55	40
2. Gegen Dritte	58	43
§ 8 Die Unterhaltspflicht zwischen Ehegatten	61	47
I. Überblick	61	47
II. Die Unterhaltsansprüche in häuslicher Gemeinschaft lebender Ehegatten	62	47
1. Die Verpflichtung zum Unterhalt	62	47
2. Art und Umfang des Unterhalts	63	48
III. Der Unterhalt getrennt lebender Ehegatten	65	49
1. Die Verpflichtung zum Unterhalt	65	49
2. Art und Umfang des Unterhalts	71	52
3. Die Versagung oder die Herabsetzung des Unterhaltsanspruchs wegen grober Unbilligkeit	73	53
§ 9 Die Pflicht zur Führung des Haushalts und zur Mitarbeit im Beruf und Geschäft des Ehegatten	74	53
I. Die Pflicht zur Haushaltsführung	74	53
II. Die Pflicht zur Mitarbeit im Beruf oder Geschäft des anderen Ehegatten	75	54
1. Die gesetzliche Pflicht zur Mitarbeit	75	54
2. Die vertragliche Pflicht zur Mitarbeit	76	54
3. Die Vergütung der Ehegattenmitarbeit	77	55
§ 10 Die „Schlüsselgewalt“	85	58
I. Zweck und Rechtsnatur der „Schlüsselgewalt“	85	58
II. Der Umfang der „Schlüsselgewalt“	88	60
III. Die Rechtswirkungen der „Schlüsselgewalt“	89	62
IV. Der Ausschluss, die Beschränkung und das Ruhen der „Schlüsselgewalt“	90	63
1. Der Ausschluss und die Beschränkung der „Schlüsselgewalt“	90	63
2. Das Ruhen der „Schlüsselgewalt“	91	64

§ 11 Die Hausratverteilung und die Benutzung der Ehewohnung während des Getrenntlebens	91a	64
I. Die Hausratverteilung während des Getrenntlebens	91a	64
II. Die Benutzung der Ehewohnung während des Getrenntlebens	91e	65
III. Die Unterschiede zur Hausratverteilung und zur Zuweisung der Ehewohnung für den Fall der Scheidung	91g	67

3. Abschnitt

Eheliches Güterrecht

§ 12 Die ehelichen Güterstände, der Ehevertrag und das Güterrechtsregister	92	67
I. Die Güterstände im Überblick	92	67
II. Der Ehevertrag	93	68
1. Der Abschluss des Ehevertrags	93	68
2. Der Inhalt des Ehevertrags	94	69
III. Das Güterrechtsregister	95	71
1. Die Funktion und der Inhalt des Güterrechtsregisters	95	71
2. Die Eintragung im Güterrechtsregister und der Schutz des Rechtsverkehrs	96	71
§ 13 Der Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft	101	72
I. Die Vermögenstrennung	102	73
II. Die Surrogation nach § 1370 BGB	104	74
III. Die Verfügungsbeschränkungen in der Zugewinnsgemeinschaft	105	75
1. Rechtsgeschäfte über das Vermögen im Ganzen	106	76
2. Rechtsgeschäfte über Haushaltsgegenstände	118	86
IV. Der Zugewinnausgleich	121	87
1. Der Zugewinnausgleich bei Beendigung der Zugewinnsgemeinschaft zu Lebzeiten der Ehegatten	122	88
2. Der Zugewinnausgleich bei der Beendigung der Zugewinnsgemeinschaft durch den Tod eines Ehegatten	139	102
a) Der Zugewinnausgleich bei gesetzlicher Erbfolge	140	103
b) Der Zugewinnausgleich bei gewillkürter Erbfolge	143	104
§ 14 Der Güterstand der Gütertrennung	147	105
I. Die Rechtsbeziehungen zwischen den Ehegatten beim Güterstand der Gütertrennung	147	105
II. Der Eintritt des Güterstands der Gütertrennung	148	106

III. Die Beendigung des Güterstands der Gütertrennung	151	107
IV. Die Ansprüche eines Ehegatten aus allgemeinen, nicht güterrechtlichen Rechtsbeziehungen	151a	107
§ 15 Der Güterstand der Gütergemeinschaft	152	110
I. Überblick	152	110
II. Die verschiedenen Vermögensmassen	153	110
1. Das Gesamtgut	154	110
2. Das Sondergut	155	111
3. Das Vorbehaltsgut	156	111
III. Die Verwaltung des Gesamtguts	157	112
IV. Die Schuldenhaftung bei der Gütergemeinschaft	160	112
1. Die Haftung der Ehegatten im Verhältnis zu den Gläubigern (Außenverhältnis)	160	112
a) Die Haftung der Ehegatten mit dem Gesamtgut	161	113
b) Die persönliche Haftung der Ehegatten mit dem Sonder- und Vorbehaltsgut	162	113
2. Die Haftung der Ehegatten im Verhältnis zueinander (Innenverhältnis)	163	114
V. Die Beendigung der Gütergemeinschaft	164	114
§ 16 Die Zwangsvollstreckung gegen Ehegatten	165	114
I. Die Eigentumsvermutung des § 1362 BGB	166	115
II. Die Gewahrsamsfiktion des § 739 ZPO	167	116

4. Abschnitt

Scheidung und Scheidungsfolgen

§ 17 Die Scheidung der Ehe	168	119
I. Der Übergang vom Schuld- zum Zerrüttungsprinzip	168	119
II. Der Scheidungsgrundtatbestand des § 1565 BGB	169	121
III. Die Scheiternsvermutungen des § 1566 BGB	177	124
1. Die Scheiternsvermutung des § 1566 Abs. 1 BGB	178	124
2. Die Scheiternsvermutung des § 1566 Abs. 2 BGB	180	126
IV. Die Härteklausele des § 1568 BGB	181	127
1. Die Kinderschutzklausele	182	127
2. Die persönliche Härteklausele	183	128
V. Das Scheidungsverfahren	185	129
1. Die Einführung des Familiengerichts	185	129
2. Der Verhandlungs- und Entscheidungsverbund	186	129
3. Der Instanzenzug	187	130

§ 18 Die Unterhaltsansprüche der Ehegatten nach der Scheidung	188	130
I. Überblick	188	130
II. Die einzelnen Unterhaltstatbestände	190	132
1. Der Unterhaltsanspruch wegen Betreuung eines Kindes	191	132
2. Der Unterhaltsanspruch wegen Alters	194	134
3. Der Unterhaltsanspruch wegen Krankheit oder Gebrechen	195	134
4. Der Unterhaltsanspruch bis zur Erlangung einer angemessenen Erwerbstätigkeit	196	135
5. Der Unterhaltsanspruch wegen Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung	199	137
6. Der Unterhaltsanspruch aus Billigkeitsgründen	202	138
III. Die allgemeine Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	203	139
IV. Die Leistungsfähigkeit des Verpflichteten und die Rangfolge	208	142
1. Die Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	208	142
2. Die Rangfolge der Unterhaltsberechtigten	209	143
3. Die Rangfolge der Unterhaltsverpflichteten	213	144
V. Der Umfang des Unterhaltsanspruchs und die Art der Unterhaltsgewährung	214	144
1. Der Umfang des Unterhalts	214	144
2. Die Art der Unterhaltsgewährung	217	149
3. Die Unterhaltsverträge	219	149
VI. Die Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit	219a	153
VII. Die Beschränkung oder Versagung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit	220	155
VIII. Das Ende des Unterhaltsanspruchs	228	162
§ 19 Der Versorgungsausgleich	230	163
I. Grundgedanken und Ziele des Versorgungsausgleichs	230	163
II. Die Durchführung des Versorgungsausgleichs (Überblick)	234	164
III. Der öffentlich-rechtliche Versorgungsausgleich durch die Übertragung, Begründung und Teilung von Versorgungsanwartschaften	236	167
1. Der Ausgleich von Rentenanwartschaften	236	167
2. Der Ausgleich von Versorgungsanwartschaften aus einem öffentlichen Dienstverhältnis	237	167
3. Der Ausgleich sonstiger Versorgungsrechte	238	168

IV. Der Ausgleich durch schuldrechtlichen Versorgungsausgleich	239	168
V. Die Härteklauseln	242	170
1. Die Härteklausele des § 1587c BGB	243	171
2. Die Härteklausele des § 1587h BGB	244	173
3. Die Härteklauseln der §§ 4 bis 10 VAHRG	245	173
VI. Die Vereinbarungen der Ehegatten über den Versorgungsausgleich	247	174
1. Die Vereinbarung nach § 1408 Abs. 2 BGB	248	174
2. Die Vereinbarung nach § 1587o BGB	250	175
VII. Die Abänderung von Entscheidungen über den Versorgungsausgleich	252	176
VIII. Der Versorgungsausgleich in den neuen Bundesländern . .	253b	178
IX. Der Versorgungsausgleich in Fällen mit Auslandsberührung	254	178

Teil III

Kindschaftsrecht

§ 20 Die Reform des Kindschaftsrechts	259	180
I. Die einzelnen Reformgesetze	259	180
II. Die Gründe für die Reform des Kindschaftsrechts	264	182
§ 21 Die Mutterschaft	267	183
§ 22 Die Vaterschaft	269	185
I. Die Vaterschaft kraft Ehe mit der Mutter	270	185
II. Die Vaterschaft kraft Anerkennung	274	187
1. Die Voraussetzungen und Wirkungen der Anerkennung	275	187
2. Die Unwirksamkeit der Vaterschafts- anerkennung	281	190
III. Die Vaterschaft kraft gerichtlicher Fest- stellung	283	191
1. Die Voraussetzungen der Vaterschafts- feststellung nach § 1600d BGB	283	191
2. Die Grundlagen des Abstammungs- prozesses	284	192
3. Die Beweismittel im Abstammungs- prozess	287	193
4. Die Voraussetzungen der Vaterschafts- feststellung nach § 640h Abs. 2 ZPO	290a	195
IV. Die Anfechtung der Vaterschaft	291	196
1. Die Anfechtungsberechtigten	292	196
2. Die persönliche Anfechtung und die Anfechtung bei fehlender und beschränkter Geschäftsfähigkeit	292a	198

3. Der Ausschluss der Anfechtung bei heterologer Insemination	293	199
4. Die Anfechtungsfrist	294	200
5. Die gerichtliche Feststellung auf die Anfechtung	295	200
6. Das Anfechtungsverfahren	296	201

§ 23 Die Unterhaltspflicht zwischen Eltern und ihren Kindern und ihre gerichtliche Durchsetzung 297 201

I. Überblick über die gesetzliche Regelung nach der Reform des Kindschaftsrechts	297	201
II. Die Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	301	203
1. Die Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	301	203
2. Die Leistungsfähigkeit des Unterhaltsverpflichteten	305	205
III. Der Umfang des Unterhalts (Bedarf)	307	207
IV. Die Beschränkung, der Wegfall und das Erlöschen der Unterhaltsverpflichtung	309	210
1. Die Beschränkung oder der Wegfall	309	210
2. Das Erlöschen	312	212
V. Die Art der Unterhaltsgewährung	313	212
VI. Der Unterhalt für die Vergangenheit	316	215
VII. Die Haftung der unterhaltspflichtigen Eltern gegenüber dem Kind	317	215
VIII. Die Auskunftspflicht	318	216
IX. Der Rang des Unterhaltsanspruchs des Kindes gegenüber Ansprüchen anderer Unterhaltsberechtigter	318a	216
X. Die Änderung der Unterhaltsverpflichtung	319	218
XI. Die gerichtliche Geltendmachung des Unterhalts	321	219
1. Die Arten der gerichtlichen Geltendmachung	321	219
2. Die Bezifferung des Antrags	322	219

§ 24 Die Rechtsbeziehungen zwischen Eltern und Kindern im Allgemeinen 323 221

I. Überblick	323	221
II. Der Name des Kindes	324	221
1. Der Geburtsname des Kindes bei Eltern mit einem Ehenamen	325	222
2. Der Geburtsname des Kindes bei Eltern ohne Ehenamen	326	222
3. Die Änderung des Kindesnamens	328	223
III. Die Staatsangehörigkeit des Kindes	337	226
IV. Der Wohnsitz des Kindes	338	227
V. Die Dienstleistungspflicht des Kindes	341	227

§ 25 Die elterliche Sorge	343	229
I. Die wesentlichen Änderungen durch das KindRG	343	229
II. Der Begriff und die Rechtsnatur der elterlichen Sorge	349	231
III. Die Träger der elterlichen Sorge	353	232
1. Die elterliche Sorge vor der Trennung der Eltern	353	232
2. Die elterliche Sorge nach der Trennung der gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	355	233
3. Die elterliche Sorge nach Trennung der nicht gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	359	236
4. Das „kleine Sorgerecht“ des Stiefelternteils	360a	237
IV. Die Ausübung der elterlichen Sorge	361	238
V. Der Inhalt und die Schranken der elterlichen Sorge	362	239
1. Überblick	362	239
2. Die Personensorge	364	240
3. Die Vermögenssorge	369	243
4. Die Vertretung des Kindes	375	245
a) Die gemeinsame oder alleinige Vertretung des Kindes durch seine Eltern	375	245
b) Der Ausschluss der Eltern von der Vertretung des Kindes	378	247
c) Die Genehmigung der von den Eltern vorgenommenen Geschäfte durch das Familiengericht	380	248
d) Die beschränkte Haftung des Kindes nach Eintritt der Volljährigkeit ab dem 1.1.1999	383	249
5. Die Beistandschaft	386	251
VI. Die Verhinderung der Eltern an der Ausübung der elterlichen Sorge	389	253
1. Die tatsächliche Verhinderung	390	253
2. Die rechtliche Verhinderung	392	254
VII. Die Beendigung der elterlichen Sorge	397	254
VIII. Die Maßnahmen des Familiengerichts zum Schutz des Kindes	400	255
1. Überblick	400	255
2. Der Schutz des Kindes vor Gefährdung seines persönlichen Wohls	401	256
3. Der Schutz des Kindes vor Gefährdung seines Vermögens	406	259
IX. Das Umgangsrecht	408	260
 § 26 Die Annahme als Kind	 413	 263
I. Überblick	413	263
II. Die Voraussetzungen für die Annahme Minderjähriger	416	264

1. Die zur Annahme berechtigten Personen	416	264
2. Die Alterserfordernisse und die Geschäftsfähigkeit auf Seiten des Annehmenden	419	265
3. Die Einwilligung der Betroffenen	420	265
4. Der Antrag des Annehmenden	427	269
5. Die vorherige Pflege des anzunehmenden Kindes	428	269
III. Die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts über die Annahme	429	270
IV. Die Rechtswirkungen der Annahme	431	270
1. Der Erwerb der Rechtsstellung eines Kindes des Annehmenden	431	270
2. Das Erlöschen des Verwandtschaftsverhältnisses zu den leiblichen Verwandten	432	271
3. Die Änderung von Namen und Staatsangehörigkeit des Kindes	436	272
V. Die Aufhebung des Annahmeverhältnisses	438	273
1. Die Aufhebung wegen fehlender Erklärungen	439	273
2. Die Aufhebung aus schwerwiegenden Gründen zum Wohl des Kindes	440	273
3. Die Wirkungen der Aufhebung	441	274
VI. Die Besonderheiten der Annahme Volljähriger	442	274

Teil IV

§ 27 Das Betreuungsrecht	447	276
I. Überblick	447	276
II. Die gesetzliche Regelung	450	277
1. Die Anordnung der Betreuung und die Bestellung des Betreuers	450	277
2. Die Vertretung des Betreuten	453	279
3. Der Einwilligungsvorbehalt	454	279
4. Der Grundsatz der persönlichen Betreuung	457	280
5. Die Pflichten des Betreuers	458	281
6. Die Einwilligung in ärztliche Maßnahmen	459	282
7. Die Sterilisation Betreuer	460	285
8. Die Unterbringung des Betreuten, freiheitsentziehende Maßnahmen	461	287
9. Die Kündigung eines Mietverhältnisses über Wohnraum	462	287
10. Die Dauer der Betreuung und die Entlassung des Betreuers	463	287
11. Das Verfahren in Betreuungssachen	464	288

Teil V

§ 28 Die eingetragene Lebenspartnerschaft	465	289
I. Vorbemerkung	465	289
II. Die Begründung der Lebenspartnerschaft	466	292
1. Die Form	466	292
2. Die Voraussetzungen einer Lebenspartnerschaft und die Partnerschaftsverbote	467	292
III. Die allgemeinen Wirkungen der Lebenspartnerschaft	473	293
1. Die Verpflichtung zur partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft	473	293
2. Der Lebenspartnerschaftsname	474	294
3. Die Haftung der Partner untereinander	475	294
4. Die Unterhaltspflicht der Lebenspartner	476	294
a) Die Unterhaltspflicht während des Bestehens der Gemeinschaft	477	294
b) Die Unterhaltspflicht bei einem Getrenntleben der Partner	478	295
IV. Der Güterstand der Lebenspartnerschaft	479	295
V. Sonstige vermögensrechtliche Wirkungen der Lebenspartnerschaft	484	296
VI. Die sorgerechtlichen Befugnisse des Lebenspartners und das Recht zur Stiefkindadoption	486	296
VII. Die Aufhebung der Lebenspartnerschaft	487	297
VIII. Die nachpartnerschaftliche Unterhaltspflicht	490	299
IX. Die Aufteilung des Hausrats und die Zuweisung der Wohnung	492	300
X. Der Versorgungsausgleich	492a	300

Teil VI

§ 29 Die nicht eheliche Lebensgemeinschaft	493	301
I. Vorbemerkung	493	301
II. Die Verteilung und Zuweisung der Vermögensgegenstände der Partner	496	303
1. Die Verteilung der im Allein- oder Miteigentum stehenden Sachen	497	303
2. Die Verteilung sonstiger Gegenstände	498	304
III. Die Ansprüche auf Ausgleich oder Rückgewähr von Vermögenszuwendungen an den anderen Partner	499	304

1. Ausgleichsansprüche nach den Regeln der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	500	304
2. Ansprüche auf Rückgewähr bzw auf Verwendungsersatz aus Darlehen oder Auftrag	503	306
3. Rückabwicklungsansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	504	307
4. Ausgleichsansprüche wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage	505	308
5. Rückgewähransprüche wegen Schenkungswiderrufs . . .	506	308
IV. Die Ausgleichsansprüche wegen einer Mitarbeit im Betrieb des anderen Partners	507	309
V. Die Ausgleichsansprüche aus einem Gesamtschuldverhältnis	511	310
VI. Die Unterhaltsansprüche der Partner gegeneinander	512	311
VII. Die mietrechtlichen Beziehungen der Partner untereinander und zum Vermieter	514	311
VIII. Die Rechtstellung des überlebenden Partners bei Auflösung der nicht ehelichen Lebensgemeinschaft durch den Tod des anderen	518	312

Teil VII

**Die Übergangsregelungen zum Familienrecht
in den neuen Bundesländern**

§ 30 Die Übergangsvorschriften des Art. 234 EGBGB	520	314
<i>Sachverzeichnis</i>		317